

Corporate Citizenship und Transformation in Rumänien

CRISTINA SPINEI

*„Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeit institutionalisiert...“
(Habermas)*

Cristina Spinei

Promoviert an der Universität „Al. I. Cuza“ Iași im Bereich Geisteswissenschaften. Masterstudium an der Universität „Al. I. Cuza“ Iași und an der Universität Regensburg. Zeitweiliges Arbeitsverhältnis an der Botschaft Rumäniens in Wien.

„ZIVILGESELLSCHAFT“ BEZIEHT sich auf die Sphäre der freiwilligen Zusammenschlüsse und informellen Netzwerke, in denen Individuen und Gruppen sich in Aktivitäten von öffentlicher Bedeutung engagieren: private Institutionen, freie und uneingeschränkte Meinungsäußerung, Religionsfreiheit und eine regelmäßige direkte Mitwirkung in bürgerlichen Lebensformen. Sie unterscheidet sich von den öffentlichen Aktivitäten der Regierung durch ihre Freiwilligkeit und von den privaten Aktivitäten der Märkte, weil sie eine gemeinsame Basis und öffentliches Wohl anstrebt. Deshalb wurde sie auch oft als ‚dritter Sektor‘ betrachtet. Im Falle der demokratischen Gesellschaften, sorgt sie für ein essentielles Bindeglied zwischen den Bürgern und dem Staat. Ihr fundamentaler Appell seit ihren Anfängen in der schottischen Aufklärung¹ ist der Versuch, das öffentliche mit dem privaten Wohl zu verbinden. Auf eine ausführliche historische Annäherung an den Begriff wird hier verzichtet, das Augenmerk wird auf eine Erhellung seines Bedeutungsspektrums in der gegenwärtigen Diskussion konzentriert, um genau bestimmen zu

können, mit welchen Dimensionen der Theorie man sich bei der Analyse beschäftigt und welche man verwirft.² Das bekannteste von Almond und Verba entwickelte Modell der politischen Kultur lässt sich m. E. auf die Situation in Südosteuropa in seiner ganzen Tragweite nicht übertragen, weil die grundsätzlichen Werte, Einstellungen und geschichtlich-sozialen Entwicklungen – auf der Makro- und Mikroebene – grundlegend verschieden sind, und die erzielten Resultate der anhand der Gesellschaften in Großbritannien, Deutschland, den Vereinigten Staaten, Italien und Mexiko durchgeführten Umfragen und Studien würden in Südosteuropa – oder zumindest im Falle Rumäniens – genau das Gegenteil aufzeigen.

Die Zivilgesellschaft beinhaltet folglich freiwillige Vereinigungen unterschiedlicher Art: Kirchen, Nachbarschaftsorganisationen, Genossenschaften, brüderliche und schwesterliche Organisationen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Parteien, Sozialbewegungen, Interessengruppen und Familien. Die Einbeziehung der Familie in diese Formen der sozialen Interaktion zwischen Wirtschaft und Staat ergibt die umfassendste Definition der Zivilgesellschaft. Die Grenzlinien werden in der Fachliteratur verschiedenartig definiert, und es gibt viel Elastizität und Ambiguität. Amerikanische Konservative sprechen von „vermittelnden Strukturen“ und fokussieren dabei die Familie, Nachbarschaft und lokale freiwillige Assoziationen. Linksliberale Intellektuelle machen oft die neuen Sozialbewegungen (Frauenbewegung, Umweltbewegung u.a.) zum Herzstück ihrer Argumentationen für eine erneute Zivilgesellschaft, die die öffentliche Sphäre auf mehrere pluralistische Fundamente platziert.³ Die Reformer aus Osteuropa, die in den letzten Jahren eine entscheidende Rolle in der Wiederbelebung des Begriffs gespielt haben, benutzen ihn um die Herausforderungen der demokratischen Transition vom zentralistischen Regime darzulegen. „In Osteuropa [...] wird bürgerliche Gesellschaft im Gegensatz zu Staat begriffen und drückt die Überzeugung aus, dass die Gesellschaft nicht auf die staatlichen Strukturen reduzierbar sind. Gegenüber einem kommunistischen Staat, einem Staat, der alle Bereiche des Gemeinwesens unter seine Kontrolle zu bringen versucht, wird der Begriff ‚bürgerliche Gesellschaft‘ zum Maß der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegen den Totalitätsanspruch des Staates [...]“⁴

Denn genau in solchen Ländern, die mit demokratischen Strukturen und mit Marktwirtschaft für das erste Mal und seit kurzer Zeit konfrontiert sind, ist die Rolle der Zivilgesellschaft besonders groß: Ihre Rolle soll darin bestehen, dass die Bürger in dem neu zustande gekommenen modernen demokratischen Staat sich politisch engagieren können, und durch die Übernahme und Bewältigung neuer Aufgaben für die Durchsetzung gesellschaftlicher Ziele sich einsetzen. Darüber hinaus soll eine aktive Zivilgesellschaft verhindern, dass die Bürger zu Opfern der Inkompetenz oder der Interessen der Politiker werden.

Seit dem Fall des Kommunismus ist in Mittel- und Südosteuropa die Diskussion – und nicht nur innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses – über bürgerliche Gesellschaft oder Zivilgesellschaft äußerst brisant. Timothy Garton Ash schildert ihre zentrale Rolle im Denken der Opposition: „Es soll Formen der Assoziation geben, nationale, regionale, lokale, berufliche, die freiwillig, authentisch, demokratisch und, zuerst und zuletzt, nicht kontrolliert oder manipuliert sind von der Partei oder ihrem Staat. Menschen sollen ‚bürgerlich‘ sein in ihrem Verhalten; das heißt höflich, tolerant und vor allem gewaltlos. Bürgerlich und zivil. Die Idee der Bürgerrechte ist ernst zu nehmen.“⁶⁵ Die für die Zivilgesellschaft als wichtiger Bestandteil fungierende und Nation einschließende Idee der Staatsbürgerschaft bezeichnet einen Status, der sich allein aus passivem Vorhandensein nicht speisen kann. Sie eröffnet den Weg zur aktiven Teilnahme am politischen Prozess, am Arbeitsmarkt, an der Gesellschaft.⁶ Eine erfolgversprechende Teilnahme verwirklicht sich im Einsatz gewisser Bürgertugenden, des zivilisierten Benehmens, und vielleicht am wichtigsten der Selbstständigkeit im Denken und Handeln.⁷ Die Zivilgesellschaft und der Staat koexistieren, haben jedoch ihre eigene, autonome Realität. Die von der Zivilgesellschaft repräsentierten Gruppen, Organisationen und Verbände behaupten ihr Gegengewicht und ihr Garantievermögen durch das Schaffen eines dichten Netzes von autonomen Institutionen und Organisationen, das nicht nur über ein Zentrum verfügt, sondern über reichliche Zentren, so dass es nicht leicht vom Staat oder von einer Partei zerstört werden kann. Somit repräsentiert die Zivilgesellschaft einen außerhalb des Staates und häufig gegen den Staat existierenden Bereich, der eine Quelle der Macht darstellt. Das ganze Gemeinwesen sollte vom Prinzip der Subsidiarität regiert werden, in dem der Staat nur in Ermangelung einer alternativen Stimme als rettender Akteur auftritt.

„Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontanen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend in die politische Öffentlichkeit weiterleiten. Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstansteter Öffentlichkeit institutionalisiert...“⁶⁸

Um die Theorien zu synthetisieren, ist Zivilgesellschaft eine Autonomie und Gelegenheit zu politischen Aktivitäten besitzende Sphäre des öffentlichen Lebens zwischen dem Staat und den Individuen. Einer vereinfachten Definition zufolge kann man andererseits das Konzept auch als Verbildlichung eines Zusammentreffens der Menschen, die gemeinsame Interessen verfolgen, ansehen. Die Zivilgesellschaft und ihr sozialer Kontext sind eine Thematik, die – anders als Landwirtschaft oder Gesundheit – stark von Werten, Vorstellungen, Hoffnungen und Wortdeutungen geprägt ist.⁹ Da die kulturellen Unterschiede innerhalb

Europas relativ gering zu sein scheinen, sollte die Thematik der Zivilgesellschaft in Rumänien sich in vergleichbaren Parametern abspielen. Die Praxis zeugt jedoch von einem Vorhandensein von Begriffen und Einstellungen, die eine andere Bedeutung als die westlichen haben. Demgemäß spielt der geschichtlich-sozialpolitische Kontext, in dem die hiesige Zivilgesellschaft agiert, eine herausragende Rolle, ohne dessen Verstehen diese Analyse der rumänischen Zivilgesellschaft unmöglich wäre.

Die Frage nach der aktuellen Lage der rumänischen Zivilgesellschaft verweist auf einen Prozess, dessen Ergebnisse in einem dynamischen Zusammenwirken von Hinterlassenschaften des kommunistischen Regimes, vom Umbauprozess und von der Besinnung, ob das aktuelle Handeln der Akteure und die aktuellen Institutioneneigenschaften zur Konsolidierung beitragen, festgelegt werden; anders ausgedrückt auf die Triade¹⁰ der Transformationsprozesse mit dem „Ende des autokratischen Regimes“, der „Institutionalisierung der Demokratie“ und drittens der „Konsolidierung der Demokratie“.

Außer auf die in dem Literaturverzeichnis angegebenen Quellen stützt sich diese Analyse auf im Laufe der Zeit gelesene Berichte aus der rumänischen Presse. In Ermangelung ausreichender empirischer Daten und Umfragen auf diesem Gebiet, bezieht sich diese Arbeit hauptsächlich auf wissenschaftliche Aufsätze und Fachbücher, anhand deren eine Entwicklung der rumänischen Zivilgesellschaft und deren wichtigsten Komponenten und Ansätze nachgezeichnet werden. Zum Teil wurden auch aus der rumänischen Presse und Medien gesammelte Informationen über die Tätigkeiten der Zivilgesellschaft genutzt, die Auskunft über die Konzepte, Vorstellungen und praktische Arbeit der nicht-staatlichen Organisationen geben.¹¹ Neuere Erscheinungen in der Fachliteratur wurden älteren Beiträgen vorgezogen, da im Falle eines Transitionslandes einige Ergebnisse sich inzwischen als hinfällig erweisen können. Aufgrund des begrenzten zur Verfügung stehenden Entfaltungsraumes bietet die vorliegende Untersuchung mehr Orientierungsmöglichkeiten und Reflexionsperspektiven als Antworten.

Alte Macht- und Autoritätsstrukturen

TIMOTHY GARTON Ash irrt sich in der Annahme, dass es dem Kommunismus nicht gelungen ist, „die Wörter ‚Bürger‘ und ‚bürgerlich‘ zu vergiften“, und dass Staatsbürgerschaft und bürgerliche Gesellschaft demzufolge die bewegenden Motive der neuen Wege zur Freiheit werden konnten.¹² Im Gegenteil: In seinem Bestreben, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, hat das rumänische kommunistische Regime mit seinem Organisationsmonopol der Staatspartei, was man im angelsächsischen Raum unter *civil society* versteht, völlig zerstört.¹³

Das Ziel des Kommunismus und des von ihm geschaffenen autoritären Staates war, die gesellschaftlichen Vereinigungen, Gewerkschaften, Organisationen zu zerschlagen, in einem Wort den moralischen Widerstand der Gesellschaft zu brechen.¹⁴ Wenn eine Gruppierung der *civil society* es überhaupt wagte, in irgendeiner Form ein offenes Wort zu sprechen, dann wurde sie kriminalisiert und verfolgt.¹⁵ Dieser Ausgangsstatus ist von großer Bedeutung für die Ansätze zu einer Herausbildung der rumänischen Zivilgesellschaft.

In Rumänien gab es keine *civil society* im Untergrund, die – wie etwa in Polen und der ehemaligen Tschechoslowakei – eine Gegenöffentlichkeit mit alternativen Gesellschaftsentwürfen und eine Gegenelite politischen Führungspersonals hätte entwickeln können; die vereinzelt Formen wurden vom Staat und von der kommunistischen Partei scharf kontrolliert und offene Stellungnahmen im Keim erstickt. Diese Tatsache geht auf die Übermacht der *Securitate* (Sicherheitsdienst) zurück, die ein omnipotenter Repressionsapparat war. Trotz offizieller Verlautbarungen, das Departement habe sich auf 400.000 bis 700.000 Informanten¹⁶ gestützt, spricht man gegenwärtig von einer großen Zahl von Mitläufern innerhalb der Bevölkerung, nämlich, dass jeder fünfte Rumäne mitgemacht habe. Trotzdem war die *Securitate* auch ein unübersichtlicher und politisch heterogener Geheimdienst. Unter Ceaușescu kam es ein paar Male zu größeren Streiks und lokalen Revolten gegen das Regime, unter anderem 1977 bei einem Bergarbeiterstreik und 1987, als unzufriedene Arbeiter Parteigebäude verwüsteten. Beide Revolten wurden von der *Securitate* blutig niedergeschlagen.

Einer der skrupellosesten und grausamsten Machtmissbräuche des kommunistischen Regimes waren die Zwangsmethoden, die angewendet wurden, um die rumänischen Angehörigen der Unierten Kirche zu einem Übergang zur rumänisch-orthodoxen Kirche zu nötigen. Durch Verquickung mit dem Innenministerium und der Partei entwickelte sich die ursprünglich für interne Säuberungen eingesetzte *Securitate* unter Nicolae Ceaușescu zu einem allgegenwärtigen Kontrollorgan, das nicht mehr mit offenem agierte, sondern subtil gegen einzelne Personen oder Vereinigungen vorging. Berüchtigt war die Arbeitsweise, bei der Regimegegner in so genannte ‚psychiatrische Anstalten‘ verbracht wurden. Es ist nicht die Anzahl der Opfer der *Securitate*, die bis heute nicht zutreffend geschätzt werden kann und die nicht ins Rampenlicht der Öffentlichkeit kommt, die die Härte des rumänischen Kommunismus so berüchtigt macht, sondern die Strenge seiner Methoden sowie die breitgefächerte Zerstörung von Gesellschaftsschichten, die sich als gefährlich hätten erweisen können. Die Kulmination der schauerhaften Repression war das so genannte ‚Experiment von Pitești‘: So führte man ein für den rumänischen Kommunismus einzigartiges psychologisches Experiment in einem Gefangenenlager in Pitești (von der *Securitate* ‚Umerziehung‘ genannt) durch, das die Insassen dazu brachte, ihre Zellengenossen zu foltern, physisch zu malträtieren, zu ermorden oder zu Kommunisten zu

bekehren. In Säuberungswellen, Deportationen, Umerziehungsmaßnahmen und Schauprozessen wurde eine allgemeine Stimmung der Angst erzeugt.¹⁷ Die Repressionsmaßnahmen kosteten innerhalb von 30 Jahren schätzungsweise 200.000 Menschen das Leben, deshalb gilt Rumänien als eines der berühmtesten Horrorszenarien des Kommunismus. Die zugrunde liegende Idee war, die Eliten des alten bürgerlich-großgrundbesitzerischen Regimes und die der Arbeiterklasse nicht assimilierbaren Personen zu vernichten und sie dazu zu nötigen, ihre Herkunft zu verhöhnen und somit ‚neue Persönlichkeiten‘ zu schaffen. Diese teuflische Operation der Entpersonalisierung, der Zerstörung von Vertrauensverhältnissen und des moralischen Anstands wurde ab Anfang Dezember 1949 im Gefängnis von Pitești angewandt und in abgeschwächter Form in den Gefängnissen Gherla und Târgu-Ocna weitergeführt.

Regimekritische Intellektuelle erregten ebenfalls immer wieder Aufmerksamkeit. So wurde in den 70er Jahren versucht, eine Dissidentenbewegung nach dem Muster der tschechischen *Charta 77* zu gründen. Die zwangsläufige Folge davon war, dass alle Beteiligten von der *Securitate* inhaftiert wurden. Überdies wagten andere, deren Namen in übernationalen kulturellen Kreisen einen guten Ruf hatten, den Versuch, in den 80er Jahren durch Appelle, Briefe und Artikel in westlichen Medien auf die düsteren Zustände in Rumänien hinzuweisen. Die *Securitate* antwortete wiederum mit jahrelangem psychologischem Terror, Hausarrest und Gefängnis. Oppositionelle Intellektuelle wurden durch vielfältige Androhungen zum Schweigen gebracht. Wenn Familienmitglieder ins Ausland flohen und dort die Stimme gegen das Regime erhoben, wurden Eltern oder Verwandte verhaftet und in der Gefangenschaft zu Tode gefoltert.¹⁸ Die Bevölkerung wurde durch einen umfassenden, brutalen Spitzel- und Unterdrückungsapparat gefügig gemacht, der sie schließlich in den 80er Jahren sogar Hunger und Kälte und den fast vollständigen Verzicht auf Westkontakte ertragen ließ.

Übergangsnöten

DAS REGIME des größtenwahnsinnigen Diktators Nicolae Ceaușescu und seiner Geheimpolizei war eines der gefürchtesten und repressivsten in ganz Europa. Mit seiner Autarkiepolitik trieb Ceaușescu Rumänien in eine komplette wirtschaftliche Rückständigkeit und soziale Verelendung. Dem Urteil des vor Ceaușescu amtierenden Parteivorsitzenden Gheorghiu-Dej über das rumänische Volk, demzufolge ‚Maisbrei nicht explodiert‘, widersprachen die Aufstände in vielen Großstädten und anschließend die Revolution 1989.

Wie schon die Politik der Ceaușescu-Epoche mit dem komplett erstickten Handel und der einschüchternden Repression durch die Geheimpolizei, verlief auch der Sturz des Diktators anders als in den anderen osteuropäischen Ländern:

In Rumänien wurde die Diktatur durch einen „revolutionären Staatsstreich“¹⁹ gestürzt und es kam zu blutigen Auseinandersetzungen.²⁰ Zumindest im Hinblick auf die als Gegenkonzept fungierende sogenannte „Refolution“²¹ (Kombination aus Reform und Revolution und Ausdruck für einen sozialen Wandel von oben als Reaktion auf revolutionären Druck von unten, so wie er in Polen und Ungarn²² vollzogen war), ist der Begriff „Revolution“ für Rumänien zutreffend. Die Relativierung des Terminus liegt darin, dass im Dezember 1989 der Ex-Kommunist Ion Iliescu sich an die Macht manövrierte²³ und sieben Jahre lang ein reformfeindliches Regime errichtete, bis es 1996 zu einer Machtübernahme durch demokratische Parteien kam. Daher wird der rumänische Machtwechsel und der gesellschaftliche Umbruch in der Fachliteratur²⁴ als „verratene, gestohlene, inszenierte Revolution“ bezeichnet. Rumänien ist somit das einzige Land aus dem ehemaligen Ostblock, das gleich nach 1989 keine antikommunistische Regierung gehabt hat.

Die erste Etappe in der von Crane Brinton geschilderten ‚Anatomie‘ der Revolutionen ist, um seine Begrifflichkeiten zu übernehmen, die „Flitterwochen“-Etappe²⁵, die den Sieg der Opposition über das gestürzte Regime einbezieht und den Weg für die Wiedergeburt der Gesellschaftsordnungen einleitet. Die frühe rumänische Front der Nationalen Rettung war es, die das alte Regime beseitigte, die Flitterwochen dauerten aber nicht lange, stattdessen trat ein immer größeres Vakuum zwischen der Regierung und dem Volk ein.²⁶ Brinton sieht das Versagen dieser anfänglichen Etappe in der Zaghaftheit der getroffenen Maßnahmen²⁷: Die Entlassung der dem kommunistischen Regime treuen Beamten und das Finden und Ernennen von neuen Kräften, die Abschaffung von maroden Strukturen, einschließlich Fabriken und Kombinat, die Durchsetzung einer neuen Eigentumsordnung, die sukzessive Einführung einer kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung – all diese zu ergreifenden Initiativen sind in Rumänien in einem verlangsamten Tempo zustande gekommen. Im Kontrast zu den Gewinnern der demokratischen Wahlen sollten die Sieger einer Revolution den Neuanfang beim Nullpunkt in die Wege leiten. Ungeachtet der ursprünglichen immensen Begeisterung und Hoffnung, ist in Rumänien die Entwicklung abgeirrt. „Demokratie ist eine Regierungsform und nicht ein Dampfbad des Volkempfindens“ schreibt Ralf Dahrendorf.²⁸ Hingegen wurde die rumänische Bevölkerung ‚geschont‘ und man lebte weiter mit den leeren Hülsen der Politik von gestern. Die neue Welt, die hätte konstruiert werden müssen, entpuppte sich als eine alte, die unweigerlich die Irrtümer und Fehler der Vergangenheit in sich trug, die wiederum zu misslichen Übergangsproblemen führten.

Innerhalb der Transformationsgesellschaften ist der Aspekt des Anwachsens der Zivilgesellschaft einer der drei ineinandergreifenden Wandlungsprozesse, die mit verschiedenen ‚Zeithorizonten‘ zu betrachten sind: Das Entstehen einer

Zivilgesellschaft braucht ungefähr sechzig Jahre, die Entwicklung der politischen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sechs Monate, der Wechsel zu einer Marktwirtschaft sechs Jahre; die Besonderheiten jeder Gesellschaft spielen dabei unzweifelhaft eine entscheidende Rolle.²⁹

Die von Anneli Ute Gabanyi geprägte Begrifflichkeit der „unvollendeten Revolution“ ist für eine auf den Punkt gebrachte Darstellung der rumänischen Ereignisse 1989 kennzeichnend. Die in der westrumänischen Stadt Timișoara/Temeswar ausgebrochene und nicht mehr zu unterdrückende Volkserhebung, der allerdings spontane, aber unverzüglich im Keim erstickte Aufstände in anderen Städten vorausgingen, wurde von den *Securitate*-Offizieren, vom Armeekorps und von den gegnerischen Parteimitgliedern als günstige Gelegenheit genutzt, um das freiheitsberaubende Ceaușescu-Regime gegen das Gorbatschowsche Modell der *Perestrojka* auszuwechseln. Das Ziel war nicht ein Systemwechsel, sondern nur ein Umbau der vorhandenen Strukturen. Durch Täuschung und Desinformation und durch die vom staatlichen Fernsehen gewährte Unterstützung gelang es der neu zustande gekommenen Regierung, den tatsächlichen Staatsstreich als Revolution zu verkleiden und sich die Kontrolle über alle staatlichen Sektoren zu sichern. Der Mythos der Revolution diente als gut fundierte Legitimierung für die neue Landesführung, die Front der Nationalen Rettung.³⁰

Der Neubeginn stand im Zeichen einer von hohen Funktionären aus der alten Garde³¹ der kommunistischen Partei und von Armeegeneralen geführten Politik. Statt einem revolutionären Bruch mit alten Ordnungen begegnete Kontinuität. Ein ‚von oben‘ angeschobener Systemwechsel setzte eine Eigendynamik in Gang, die Entfernung der ehemaligen Kader aus Wirtschaft, Verwaltung und Kommunistischer Partei, und daraus ergeben sich neue Handlungsspielräume.³² Im Gegensatz zu diesem ‚von unten‘ vollzogenen Umbruch waren hingegen die Reformen zur Pluralisierung und Dezentralisierung des politischen Systems wieder eine staatliche Initiative.

Politische Entwicklung

BEGINNEND MIT 1989 gewann die rumänische Parteienlandschaft eine neue Dynamik und ging vom Einpartei- zu einem Mehrparteiensystem über. Die im Parteiengesetz vorgeschriebene niedrige Mindestmitgliederzahl ermöglichte das Zustandekommen einer großen Zahl von Parteien, so dass die Anzahl inzwischen unübersichtlich geworden ist. In der ersten Etappe entstand eine rumänische Variante des Runden Tisches, den Provisorischen Rat der Nationalen Einheit (CPUN), auf dessen Vorschlag sich die zum Großteil aus Akteuren des alten Regimes gebildete und von Ion Iliescu geleitete Front der

Nationalen Rettung konstituierte, die die Tätigkeiten der alten Institutionen – Staatsrat, Große Nationalversammlung und Verteidigungsrat – suspendierte und sich zum Inhaber des Gewaltmonopols erklärte. Hinzu kamen nicht oppositionelle, sondern „alternative politische Kräfte“³³ zur Regierungspartei und mannigfaltige ohne einen festen Rückhalt in der Bevölkerung wirkende Parteien. Durch die schwach repräsentierten oppositionellen Gruppierungen und die vielen Satellitenparteien der Front der Nationalen Rettung konnte die Opposition nur 10 Prozent der Stimmen bei den ersten Wahlen erzielen. In einer nächsten Phase erfolgte eine Ermattung in der Hegemonie der Front und es bildete sich um den damaligen Ministerpräsidenten Petre Roman die Partei der Sozialen Demokratie (PDSR), die jüngere, technokratische, ursprünglich aus der Front stammende Reformer vereinigte. 1992 errangen sie den Sieg über die oppositionelle Demokratische Konvention Rumäniens (CD), allerdings nur durch die Bildung einer Koalition mit drei nationalistisch-sozialistischen Parteien.³⁴ 1996 gelang es der Demokratischen Konvention Rumäniens das erste Mal nach der Wende die Parlamentswahlen zu gewinnen. Einmal abgewählt, kamen Iliescu Sozialdemokraten 2000 wieder an die Macht – trotz der einigermaßen gut platzierten (20% der Stimmen)³⁵ extremistischen Partei Großrumänien (PRM). 2003 traten die Nationale Liberale Partei (PNL) und die Demokratische Partei (PD) der Allianz Gerechtigkeit und Wahrheit, JA (rum. Dreptate și Adevăr, DA) bei, die 2004 den Wahlsieg feiern konnte. Der als „integer“³⁶ bezeichnete konservative Oppositionspolitiker und Parteichef der PD Traian Băsescu gewann 2004 die Präsidentenwahl gegen seinen Kontrahenten und vom langjährigen Präsidenten Ion Iliescu unterstützten, sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Adrian Năstase.

Die aktuellen Probleme auf der rumänischen politischen Szene kreisen um die für eine westliche eingebürgerte politische Logik undenkbare diametrale Änderung der Doktrin: Die Demokratische Partei, die sich ursprünglich aus der postkommunistischen Partei der Sozialen Demokratie³⁷ abgespalten hat (die ihrerseits inzwischen der Sozialistischen Internationale angehört) und die sich der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der europäischen Demokraten anschloss, hegt die Absicht, eine neue, christlich-demokratische Doktrin aufzustellen, die einen gegensätzlichen Hintergrund und eine andere Tradition hat.³⁸ Den gleichen kontradiktorischen Umwandlungsprozess kennt die Humanistische Partei Rumäniens (PUR), die anfänglich sozialliberal war und jetzt ein konservatives Gedankengut vertritt.

Das Verhältnis der Regierung zu der Zivilgesellschaft ist sporadisch und inkonsistent. Die Politiker sind nicht damit beschäftigt, sich die Ressourcen der Zivilgesellschaft zum Zwecke einer Beschleunigung der Reformen und einer Demokratisierung der Gesellschaft zunutze zu machen, sie wenden sich an die

Zivilgesellschaft nur anlässlich des Wahlkampfes³⁹, so kann sie nicht als permanenter und gleichberechtigter Dialogpartner fungieren.

Einer der in der rumänischen Gesellschaft als Erklärung dienenden Gründe für die Einschränkungen in der politischen Kommunikation ist die Fortdauer einiger in der kommunistischen Zeit wurzelnden Gewohnheiten und Gefühlswerte. Dass dies nicht die einzige auf der Vergangenheit beruhende Erklärung ist, und die restlichen Beweggründe im aktuellen politischen Kontext zu suchen sind, ist eine unleugbare Tatsache. Die Verzerrung des politischen Lebens mit einer Vielzahl von einer realen Identität ermangelnden politischen Parteien, die vergleichbare Programme und Ideologien vertreten, stellt keine aufmunternde Grundlage für eine ehrliche und offene politische Auseinandersetzung dar. Darüber hinaus führt der Versuch einer Politisierung der Institutionen zu einem wachsenden Unsicherheitsgefühl, zur Verminderung des politischen Dialogs, zur Verschweigung einer eventuellen oppositionellen politischen Orientierung.⁴⁰ Hinzu kommt auch die auf politischer Couleur und nicht auf Kompetenz basierende Förderung und Besetzung verschiedener Ämter des öffentlichen Dienstes. Die Parteien funktionieren nach den alten organisatorischen Strukturen, fördern vertikale Beziehungen, überdies gibt es kein Feedback zwischen Mitgliedern, Sympathisanten und Machtzentren.⁴¹ Zusammenfassend könnte man vielleicht behaupten, dass neben den vom Kommunismus vererbten Fehlerhaftigkeiten die aktuelle Regierung durch die erwähnten Charakteristika den Rückzug einer umfangreichen Gruppe der Bevölkerung aus einem funktions- und politikfähigen Kommunikationsbereich provoziert.

Bürgergesellschaftliche Organisationen

INFOLGE DES angestoßenen Liberalisierungsprozesses erhielten gesellschaftliche Gruppen nach 1989 mehr Partizipationschancen und diese sind in unterschiedlicher Reichweite ausgeprägt. Aus der Tradition der Schule von Păltiniș sich speisend, die bedeutende Geisteswissenschaftler mit einem betont elitären Habitus⁴² sammelte, konstituierte sich schon 1989 eine Gruppe für sozialen Dialog (GDS), deren Mitglieder bekannte Intellektuelle waren. Die GDS beabsichtigte als Instanz für eine kritische Reflexion über die Probleme der rumänischen Zivilgesellschaft zu fungieren⁴³, erhob keine Machtansprüche und verweigerte jegliche politische Unterordnung. Die von der Gruppe herausgegebene Wochenzeitschrift 22 (benannt nach dem Tag, an dem Ceaușescu stürzte) wurde zu einer der wichtigsten demokratischen Publikationen und setzte den Maßstab einer zivilen, toleranten, rationalen und hochrangigen Debattenkultur. Trotz der mannigfaltig organisierten Debatten zu aktuellen politischen, sozialen und wirtschaft-

lichen Themen, blieb die GDS eine „Vereinigung für den Gedankenaustausch von Intellektuellen“, so wie sie in einer Erklärung behauptete. Wegen dieser gewissermaßen elitären Haltung der GDS konnte der ursprüngliche Anspruch eines alle gesellschaftliche Schichten einschließenden Dialogs nicht verwirklicht werden.

Ein weiterer wichtiger Versuch, eine zivile Organisation mit gesamtgesellschaftlicher Wirkung zu gründen, fand ein Jahr später statt, als sich antikommunistische Gruppen zur Bürgerallianz (AC) zusammenschlossen, um gemeinsam gegen das Iliescu-Regime und für eine Demokratisierung Rumäniens einzutreten. Ein konkretes Ziel war die Verwirklichung der gegen das Weiterwirken kommunistischer Tendenzen und ihrer Initiatoren (*Proklamation von Timișoara*) gerichteten Aktionen und zu diesem Zweck organisierte die AC antikommunistische Demonstrationen im ganzen Land⁴⁴, eine Massenbasis erreichte sie damit jedoch nicht. Nach ein paar Monaten kam es zu einer paradoxen Situation: Ein Teil der zivilen Organisation ging in eine politische über, was zu einer Fragmentierung der gleichen zivilen Interessen führte. Die Mitglieder der so entstandenen Bürgerallianz setzten sich vor allem die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit zum Ziel und initiierten die Gründung einer Gedenk- und Tagungsstätte sowie eines Dokumentationszentrums im ehemaligen Gefängnis von Sighet.⁴⁵

Die zwei Beispiele veranschaulichen die Schwierigkeit, eine gesellschaftliche Menge für die Idee und die Formen der Zivilgesellschaft zu gewinnen. Wenn durch die GDS die Aussicht auf Kommunikation und auf eine aus gemeinsamen Interessen resultierende Solidarität möglich wurde, eröffnete die AC die Chance auf ein Einwirken auf die unmittelbare politische Realität und somit die Gelegenheit Gemeinschaftsgeist zu zeigen. Auch wegen unzureichender Infrastruktur und mangelhafter Kommunikation wird die Arbeit der zivilen Organisation wesentlich erschwert.

Seit 1990 wurden Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und Vereine gegründet⁴⁶, deren Einsatzbereich hauptsächlich die Betreuung von Straßenkindern, Obdachlosen, Behinderten und Aids-Kranken ausmacht. Der dergestalt geförderte soziale Zusammenhalt in der Entwicklung sozialer Fähigkeiten und Gewährung von Chancen für sozial schwache und benachteiligte Personen spricht für eine Beschützung der Bevölkerung seitens der Zivilgesellschaft. Die Tätigkeit der NGOs wird auch durch andere Organisationen gestützt: durch Betätigungen in Bereichen wie Arbeit mit Jugendlichen, Umwelt, Bildungswesen, Frauenpolitik oder Sport. Problematisch bei einer Unterstützung der Zivilgesellschaft durch westliche Akteure der Entwicklungszusammenarbeit ist in erster Linie die ungenügende und verzerrte Kenntnis der rumänischen Zivilgesellschaft, was wiederum zu Investitionen in manchmal sich als überflüssig entpuppende Projekte für das Aufbauen von NGOs führt, die nicht lokalen Zielen und Motivationen entspre-

chen. Zudem wird die humanitäre Hilfe völlig übergewichtet; hinzu kommen auch die fehlenden Sprachkenntnisse und die mangelnden Einblicke über längere Zeit in die rumänische Lage. Dadurch, dass westliche Medien über Osteuropa nur ereignisorientiert berichten, bleiben gesellschaftliche Trends und langfristige durch Geschichte und politische Kultur zu erklärende Prozesse unerwähnt. Außerdem haben viele große westliche Organisationen keine Erfahrung in der Arbeit mit der Zivilgesellschaft und scheuen sich vor Projekten, die sich ihrem Verstehen entziehen. Projekte mit der Zivilgesellschaft tendieren dazu, einen politischen Anstrich zu haben, es geht oft um Rechte, um Zugang zu Information, zu Bildung, um Kontrolle von Privatisierungen usw. Westliche Fachleute vor Ort haben oft verständliche Berührungängste, in die Lokalpolitik einbezogen zu werden. Hinzu kommt die anspruchsvolle Aufgabe des Auswählens von lokalen Partnern; trotz der Heterogenität der beschriebenen Landschaft existieren sehr gute und effiziente NGOs.

Rumänien verfügt zurzeit über eine gut entwickelte Organisation von Gewerkschaften, die als Repräsentanten der Arbeiter fungieren – wie die vier großen Gewerkschaftsbünde: der Nationale Gewerkschaftsblock (BNS), die Nationale Gewerkschaftsföderation Brüderlichkeit (rum. CNSRL Frăția), das Alfa-Kartell (rum. Cartelul Alfa) und die Konföderation der Demokratischen Gewerkschaften Rumäniens (rum. Confederația Sindicatelor Democratice din România) – und sich für unterschiedlichste Ziele einsetzen: Menschen- und Minderheitenrechte, soziale Arbeit, Medienunabhängigkeit u.a. Aus mangelnden überzeugenden Argumenten griffen viele Arbeitergewerkschaften – die so ihre Schutz- und Vermittlungsfunktion⁴⁷ verstanden – zu Erpressung, Nötigung und Gewalt⁴⁸, wenn sie für die Rechte der Arbeitnehmer eintraten oder Kredite und Subventionen von der Regierung erhalten wollten. Die Einflussnahme auf die staatlichen Institutionen erfolgte mittels Gewalt und nicht durch Dialog oder Verhandlungen. Die internationalen Protest nach sich ziehenden sogenannten Bergarbeiter-Pogrome („Mineriade“) zeugen von der Einfachheit, demokratisch legitimierte Verfahren durch Gewaltandrohungen auszuhebeln: Unter Anleitung von Geheimdienstoffizieren prügelten mehr als 10.000 Bergarbeiter auf Demonstranten oder solche ein, die sie für Intellektuelle, Studenten oder Oppositionelle hielten, verwüsteten Gebäude der Universität, Zentralen von Oppositionsparteien und Redaktionen unabhängiger Zeitungen. Trotz außenpolitischem Protest überfielen 1991 die Bergarbeiter erneut Bukarest, diesmal wegen Subventionsstreichungen.

In den ersten Transitionsjahren wurde der Staat als hauptsächliches Hindernis für die Emanzipation der Gesellschaft wahrgenommen. Die Voraussetzung für eine Demokratie war die Verdrängung des Staates aus den öffentlichen Gelegenheiten verstanden. Die Frage, die sich stellt, ist, ob der erhebliche Zuwachs an NGOs – die meisten vom Westen finanziell unterstützt – mit dem Aufstieg und

der Verstärkung der Zivilgesellschaft und somit der demokratischen Konsolidierung kongruent ist. Innerhalb der rumänischen Gesellschaft haben sich in den letzten Jahren viele NGOs herausgebildet, jedoch wird hinsichtlich des steigenden Einflusses von NGOs bemängelt, dass es sich dabei um „undemokratische Gruppen“ handelt, die oft von dominanten Individuen autoritär und zur Durchsetzung privater Interessen geführt werden⁴⁹ und deshalb keine demokratische Struktur aufweisen.

Rumänienweit, also nicht auf Lokalebene, aber dennoch nicht gesamtgesellschaftsübergreifend, sondern eher auf die Intellektuellen gerichtet, waren in den letzten 15 Jahren folgende Organisationen besonders wichtig: Grupul pentru Dialog Social (dt. Gruppe für sozialen Dialog), Pro Democrația (dt. Pro-Demokratie), APADOR-CH, Alianța Civică (dt. Bürgerallianz), Academia Civică (dt. Bürgerakademie), Liga Pro Europa (dt. Pro-Europa Liga), Solidaritatea Universitară (dt. Universitäre Solidarität), Societatea Academică Română (dt. Gesellschaft Rumänischer Akademiker).⁵⁰ Durch die in die öffentliche Diskussion wiederholt eingebrachten Ideen und Impulse haben sie u. A. maßgeblich zu der Aufarbeitung der Vergangenheit beigetragen und die unabhängige Presse auf verschiedenartige diskussionswürdige politik- oder geschichtsrelevante Themen aufmerksam gemacht. Einige davon genossen auch die Unterstützung zahlreicher Geldgeberorganisationen, die den Wiederaufbau förderten, und konnten so politischen Einfluss ausüben und ein besonderes Augenmerk auf die Regierungsarbeit legen. Ein treffendes Beispiel dafür ist die Gesellschaft Rumänischer Akademiker, deren Hauptmotivation das Durchleuchten sozialer und politischer Entwicklungen im postkommunistischen Rumänien ist. Die bis April 2007 amtierende Justizministerin Monica Macovei stammt aus diesem Umfeld und ist einer der ersten Amtsträger, der ernsthafte Absichten zur Korruptionsbekämpfung an den Tag legt. Die nur punktuelle Verteilung der zivilgesellschaftlichen Komponenten und Organisationen, die durch einzelne mediencharismatische Persönlichkeiten repräsentiert sind, gewährleistet nicht die für eine einwandfrei funktionierende Zivilgesellschaft notwendige Zahl von Akteuren.

Macht der Medien

L 989 SENDETE das einzig existierende Fernsehen zwei Stunden am Tag, eine einheimische Presse gab es überhaupt nicht, und die Radiosender wurden einfach aufgelöst, so dass nur Radio Free Europe, die russische Zeitung *Moskovskie Novosti* und das jugoslawische, bulgarische oder moldawische Fernsehen blieben. Daraus ergibt sich, warum, während tausend Menschen im Dezember auf den Straßen der Großstädte im Kampf um die Freiheit starben und parallel alle alten Strukturen verschwanden, das einzige Informationsmedium

das Nationalfernsehen war; somit konnte man die von der Front der Nationalen Rettung zusammen mit dem Fernsehen inszenierte „Tele-Revolution“⁵¹ mit der originalen schmerzlich-sarkastisch anmutenden Bezeichnung „Die rumänische Revolution live“ konsumieren.

Sofort nachdem Ceaușescu stürzte, wurden das staatliche Fernsehen (TVR) und der Rundfunk vom Iliescu-Regime kontrolliert und dienten als Propagandaorgane für die neu installierte Ordnung; schrittweise passten sie sich jedoch etablierten Maßstäben von Objektivität und Professionalität an. Nach der Wende vom Herbst 1996 schwenkten sie *ex abrupto* auf die Linie der neuen Machthaber um.

Ab 1991 entstand eine Reihe privater regionaler oder lokaler Fernsehstationen, die inzwischen überregional und landesweit senden. Auch wenn das Nationale Fernsehen und das Nationale Radio zwar technisch nicht mehr über eine Monopolstellung auf dem Mediensektor verfügen, stehen ihnen landesweite Fernseh- und Hörfrequenzen zu, während man die Privatsender nur über Kabel und Satellit empfangen kann, die aber in den letzten Jahren wiederum in vielen Haushalten auch auf dem Lande anzutreffen sind. Die Nachrichtenlieferung an verschiedene rumänische Medien hat sich mit dem Auftreten der Privatagenturen wesentlich verbessert und professionalisiert. Vertreten sind auch ausländische Medienkonzerne, die anfänglich als Vorbild dienten: Neben den belgischen und französischen Investitionen in private Radiosender kaufte sich das amerikanische Medienunternehmen Central European Enterprises Group (CME) den seit 1993 existierenden, aber nicht sehr erfolgreichen Privatfernsehsender Pro TV ein und erreichte durch nach westlichem Vorbild gestaltete Nachrichtensendungen, einheimische und amerikanische Seifenopern, Serien, Filme und Unterhaltungsmagazine sehr hohe Einschaltquoten. Dem staatlichen Fernsehen sowie den wichtigsten privaten Konkurrenten Antena 1, Prima TV, B1 TV, Național TV, OTV und Tele 7 abc wurde eine belastende Nähe⁵² zu der jeweiligen bestehenden Regierung und einen Orientierungswechsel je nach Bedürfnissen nachgesagt. Gegenwärtig nimmt nur Realitatea TV eine professionelle und regierungskritische Position ein.⁵³ Sowohl gegen die öffentlich-rechtlichen als auch die kommerziellen Sender wird der Einwand erhoben, dass sie sich zwischen objektiven und professionellen Nachrichtensendungen, politischen Magazinen und Talk-Shows von kommerziellem Format situieren und eine gewisse Tendenz weiter besteht, wegen sehr großer Schulden das Programmangebot stark nach dem Wünschen der Regierung zu gestalten.⁵⁴

Die erbärmliche Lage der Printmedien im Kommunismus als Ausgangspunkt nehmend, kann man behaupten, dass dieser Sektor einen rapiden Aufschwung erlebte. Das anfängliche Spektrum war durch Leitartikel zugunsten von Analysen und Backgrounds, Gerüchteverbreitung, Verunglimpfungen und Vorverurteilungen gekennzeichnet, allerdings wurde durch im westlichen Ausland und von Medieninstituten (BBC; Deutsche Welle) und Stiftungen (Soros, Friedrich Ebert, Friedrich

Naumann, Konrad Adenauer, Hanns Seidel) vor Ort angebotene Schulungen das journalistische Niveau angehoben.⁵⁵ Neben den unabhängigen, anspruchsvollen Wochenzeitungen mit ausführlichen, aus kompetenter Feder gelieferten Kommentaren und Analysen, die eher von einem kleinen Kreis von Intellektuellen gelesen werden, gibt es die innerhalb der breiten Bevölkerung eher beliebte Lokalpresse. Ein nationalistisches bzw. nationalkommunistisches Hetzblatt, dessen Direktor Hofdichter von Ceaușescu war und das durch eine aggressive, aber bilderreiche Sprache an die Öffentlichkeit tritt, existiert immer noch und erfreut sich einer breiten Leserschaft.⁵⁶

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch ihren kritischen, oft sehr polemischen Charakter sowie durch den nicht zu unterschätzenden Einfluss des modernen westlichen Medienmarktes die Presse und die Fernsehsender sich dennoch großes Verdienst um die Vermittlung objektiver Information und die Aufdeckung von zahlreichen Korruptionsskandalen erworben haben.

Die neu entstandenen Institutionen, darunter die NGOs, die unterschiedlichen Vereine und die Medien haben sich zu einem integrations- und repräsentationsfähigen Sektor entwickelt und die auf diese Weise geschaffenen Partizipationsanreize können nicht in Frage gestellt werden.

Fazit

SILVIU BRUCANS – der heute als prominenter Politiker gilt, früher aber als stalinistischer Parteideologe, dann als Reformkommunist tätig war – berühmt gewordene Aussage, dass Rumänien noch zwanzig Jahre brauche, bis es ein demokratisches Land wird, löste einen großen Schock und sogar Empörung in der öffentlichen Meinung aus, da Anfang 1990 die Gemütsverfassung positiv angelegt war. Leider bestätigte sich seine Prophezeiung, die auch unmittelbare Rückwirkungen auf die Lage der Zivilgesellschaft herbeiführte.

Die Leute, die noch kurz davor zu Ceaușescus Getreuen, zur *Securitate* oder zur Nomenklatura gezählt hatten, sind diejenigen, die die Macht 1989 übernommen haben. Die Revolution hatte die alten Eliten nicht abgelöst, sondern im Amt bestätigt. Iliescus Plädoyer für eine „originelle, eigene Demokratie“ schlug fehl und bewies sich nur als Verzögerung und unentschlossene Durchführung demokratischer und wirtschaftlicher Reformen. Dieses Prozedere des reformfeindlichen Regimes Iliescus führte leider zu keiner authentischen Demokratisierung.

Zu behaupten, dass die Gewerkschaften nicht auf die politische Szene einzuwirken versuchten, wäre trotzdem nicht legitim: Ihre Forderungen reichen von der Nivellierung des Staatshaushalts bis hin zur Auswechslung von Ministern, zur Novellierung des Wahlgesetzes und der Verfassung.⁵⁷ Dass die Vertreter der zivilen Organisationen sich in den Schoß der Politik begaben – mehrere

Gewerkschaftsführer stiegen sogar in hohe Ämter auf, wurden Premierminister und Minister – zeugt von mangelndem Engagement für die von ihnen zu vertretenden zivilen Interessen und zugleich vom Verzicht auf eine Reaktion seitens der Zivilgesellschaft auf eine derartige Richtungsverschiebung ihrer Repräsentanten. Aufgrund des Fehlens historisch etablierter Traditionen politischen Handelns und geringer Erfahrung mit intermediären Strukturen, gelang es den neuen Gewerkschaftsführern nicht gänzlich, sich im Umfeld der wirtschaftlichen und sozialen Realitäten des Systemübergangs gegenüber den neuen politischen Eliten durchzukämpfen.

Wie die Wahlen mehrmals bewiesen, zeigte sich die Mehrheit der Bevölkerung mit dem formal-demokratischen, halbautoritären Iliescu-Regime zufrieden. Das ist unter anderem auch auf die im Zuge des Transformationsprozesses entstandenen institutionellen und personellen Vakuen und auf den Mangel einer Alternative auf der politischen Szene zurückzuführen. Die Bilanz des gescheiterten Wandels zeigte sich auch in den Wahlen von November 2000: Die nationalistische, sozialistische Großrumänienpartei wurde zweitstärkste Kraft im Parlament und ihr Chef war aussichtsreicher Kandidat für die Stichwahlen um das Präsidenschaftsamt.

Wenn man die drei Problemkreise der Systemtransformationen betrachtet – Ende des alten Regimes, Institutionalisierung der Demokratie und Konsolidierungsphase mit den damit implizierten Grenzen des Wissens, Akteurslücke und Institutionenumbruch – und sie auf die Analyse der Zivilgesellschaft zu übertragen versucht, lässt sich resümierend feststellen, dass wegen des langlebigen autoritären Regimes, man es im Falle Rumäniens mit einer fehlenden demokratischen Kultur zu tun hat. In einem Artikel aus der bedeutenden rumänischen Zeitschrift 22 erklärt die Chefredakteurin Gabriela Adameşteanu anhand einer Gallup-Umfrage, warum die EU-Bürger gegenüber dem Beitritt Rumäniens Reserve zeigen: Die Option für eine Diktatur des Militärs (ca. 42%), das Ablehnen der demokratischen Institutionen (ähnlicher Prozentsatz), Intoleranz gegenüber sexuellen Minderheiten, der hohe Prozentsatz der Anhänger der nationalistisch-chauvinistischen Partei Großrumänien, die Unfähigkeit, den Extremismus zu bekämpfen sind nur einige Beispiele – unter genügend anderen – die für ein ernst zu nehmendes Defizit der politischen Kultur sprechen.⁵⁸

Die Freiheit der Medien, die Abschwächung der staatlichen Kontrolle über die Gesellschaft, die Dezentralisierung des politischen Lebens sind die wichtigsten Faktoren eines bestehenden politischen Dialogs, eines Anstiegs der Freiheiten im Allgemeinen und im Bereich der politischen Kommunikation, was einen unbestrittenen Fortschritt gegenüber dem alten Regime darstellt.

Am Beispiel der zivilgesellschaftlichen Landschaft wurde mit einer Auswahl zentraler Themen gezeigt, dass für Aussagen über eine zukünftige Entwicklung die Trennung in Erbe, Umbau und Konsolidierung sich als fruchtbar erweist.

Durch das hier praktizierte In-Bezug-Setzen realgeschichtlicher Entwicklungen, kultureller Konstruktionen darüber und des damit verbundenen soziokulturellen Hintergrunds, kann man feststellen, dass sich das kommunistische Vermächtnis für die aktuelle Zivilgesellschaft in Stichworten wie Abhängigkeitsgefühl, Passivität, Indifferenz und *Laissez-faire* schildern lässt. All diese Konstellationen haben jedoch in einem post-kommunistischen Land, wo man immer wieder auf das Nebeneinander von Ende und Neubeginn, auf eine Grundstimmung, die zwischen Unsicherheit und erhofftem Aufschwung schwebt, stößt, eine hohe Erklärungskraft. □

Anmerkungen

1. Linz, Juan J. und Alfred Stepan, Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe, Baltimore [u.a.] 1996, S. 122. Die folgenden Rekurse auf dieses Buch, wie auch auf die anderen angewendeten Quellen, werden nach der ersten Angabe mit Namen des Autors/Herausgebers, Erscheinungsjahr und Seitenzahl in den Fußnoten angeführt.
2. Die Ursache könnte daran liegen, dass sie liberale Demokratie als System betrachten und versuchen, das Verhältnis zwischen „civic culture“ und politischer Struktur aufzuklären. Die theoretische Perspektive läuft einem solchen Unternehmen zuwider, weil die liberale Theorie die „institutionellen Anordnungen“ fokussiert und die politische Kultur als vorhanden voraussetzt. Almond unterscheidet zwischen drei verschiedenen Kategorien von politischer Kultur: (1) die in der Sowjetunion, wo der Kommunismus seine Wurzeln hat und von einheimischen Eliten durchgeführt wurde; (2) in anderen Ländern wie Jugoslawien, China, Kuba und Vietnam, wo die kommunistische Revolution importiert und von lokalen Architekten verwirklicht wurde; und (3) die in Ländern wie Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien und DDR, wo das kommunistische Regime von Außen aufgezwungen wurde (vgl. Almond, Gabriel A., Communism and Political Culture Theory, in: Comparative Politics 15, 2 (January 1983), S. 127-139, hier: S. 128 und 134). Piotr Ogorodziński unterscheidet auf der anderen Seite zwischen vier Modellen der Zivilgesellschaft: dem klassischen, dem verzerrten (dem Kommunismus eigenen), dem ethischen (der anti-kommunistischen Opposition) und dem transitionellen. (der Rückkehr zum ersten Modell) (Vgl. Ogorodziński, Piotr, Four Models of Civil Society and the Transformation in East-Central Europe, in: Wnuk-Lipiński, Edmund (Hrsg.), *After Communism: A Multidisciplinary Approach to Radical Social Change*, Warsaw 1995, S. 181-191.) Rumänien kann man m. E. keinem von diesen Schemas unterordnen, deshalb wurden die beiden Matrices nicht als Grundlage dieser Untersuchung genommen.
3. Ebd., S. 124.
4. Michalski, Krzysztof, Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), Europa und die Civil Society/Castelgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart 1991, S. 7-13, hier: S. 8; vgl. Pye, Lucian W., Culture as Destiny, in: Pollack, Detlef et al. (Hrsg.), Political Culture in Post-

- Communist Europe: Attitudes in new democracies, Aldershot, Burlington 1989, S. 3-15, hier: S. 4.
5. Ash, Timothy Garton, Ein Jahrhundert wird abgewählt: aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München 1990, S. 147.
 6. Dahrendorf, Ralf, Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist, Stuttgart 1990, S. 101.
 7. Ebd.
 8. Habermas, Jürgen, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a. M. 1994, S. 443.
 9. Barbieri, William A., Civil society: who belongs? Washington, DC 2004, S. 32.
 10. Merkel spricht von einer „systemspezifischen Triade“ und differenziert zwischen sozialen, ökonomischen und politischen Transformationsprozesse, bzw. von einer „phasenspezifische Triade“, die sich in Zeitabschnitten – Ende des alten Systems, Demokratisierung und Konsolidierung unterteilen lässt (vgl. Merkel, Wolfgang, Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Beyme, Klaus von/Claus Offe (Hrsg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation, in: Politische Vierteljahrsschrift, Sonderheft 26/1995, S. 30-58, hier: S. 32; Merkel, Wolfgang, Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999, S. 119; Brie, Michael, Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich: Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen, in: Wiesenthal, Helmut (Hrsg.), Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt a. M. – New York 1996, S. 39-104, hier: S. 39).
 11. Was die rumänischsprachigen Begriffe angeht, so werden sie nach der ersten Einführung mit der deutschen Übersetzung in Klammern und in Anführungszeichen aufgeführt.
 12. Ash, 1990, S. 148.
 13. Vgl. in dieser Hinsicht Michalski, in: Michalski, 1991, S. 8; Geremek, Bronislaw, Die *Civil Society* gegen den Kommunismus: Polens Botschaft, in: Michalski, 1991, S. 264-274, hier: S. 264.
 14. Geremek, in Michalski, 1991, S. 265.
 15. Vgl. Ebd.; Bendel, Petra; Sabine Kropp, Zivilgesellschaft – ein geeignetes Konzept zur Analyse von Systemwechseln? Ergebnisse eines interregionalen Vergleichs: Lateinamerika und Osteuropa, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol), 8. Jahrgang, Heft 1/98, S. 39-67, hier S. 52.
 16. Gabanyi, Anneli Ute, Rumänien, in: Dies.; Klaus Schroeder (Koordinatoren), Vom Baltikum zum Schwarzen Meer: Transformation im östlichen Europa, München 2002, S. 309-338, hier S. 311.
 17. Deletant, Dennis, Romania under Communist Regime, Bucharest 1998, S. 88-116.
 18. Dies war der Fall der Mutter der bekannten Schriftstellerin Monica Lovinescus, die in der Gefangenschaft starb, weil die Tochter sich gegen das kommunistische Regime oftmals im Radio Free Europe und in ihren im Ausland erschienenen Büchern geäußert hatte.
 19. Gabanyi, 2002, S. 309.
 20. Vgl. Ebd.

21. Gabanyi, Anneli Ute, Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation, München 1998, S. 15, die hiermit Ralf Dahrendorf zitiert.
22. Vgl. Ebd., indem Timothy Garton Ash zitiert wird.
23. Gabanyi, 2002, S. 310-311. Leider ist auch die spätere Regierung mit den politisch-wirtschaftlichen Reformen ebenfalls gescheitert.
24. Bischof, Henrik, Rumänien – die „gestohlene“ Revolution, Bonn 1992; Gabanyi, 1998 [Systemwechsel]; Dies., Die unvollendete Revolution: Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie, München 1990; Dies., Rumänien: Die inszenierte Revolution, in: Zach, Christa (Hrsg.), Rumänien im Brennpunkt, München 1998, S. 391-407.
25. Brinton, Crane, The Anatomy of Revolution, New York 1957, S. 95.
26. Dahrendorf, 1990, S. 75.
27. Brinton, 1957, S. 152.
28. Dahrendorf, 1990, S. 14.
29. Ebd., S. 101.
30. Berend, Ivan T., Central and Eastern Europe, 1944–1993: Detour from the Periphery to the Periphery, Cambridge 1996, S. 286-287; Gabanyi, Anneli Ute, Die unvollendete Revolution, in: Altmann, Franz-Lothar; Edgar Hösch (Hrsg.), Reformen und Reformer in Osteuropa, Regensburg 1994, S. 154-179; Gallagher, Tom, Romania after Ceaușescu: The Politics of Intolerance, Edinburgh 1995, S. 10-45; Rady, Martyn, Romania in Turmoil: A Contemporary History, London – New York, 1992, S. 83-145.
31. Gabanyi, 1990, S. 19-34.
32. Bendel, Kropp, 1998, S. 51.
33. Gabanyi, Anneli Ute, Politische Parteien in Rumänien nach der Wende, in: Südost-europa, 44. Jhg., 1-2/1995, S. 1-50, hier: S. 9.
34. Ebd., S. 10.
35. Die Daten stammen aus Gabanyi, Anneli Ute, Das politische System Rumäniens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Auflage, Wiesbaden 2004, S. 553-593, hier: S. 581.
36. Schwarz, Karl-Peter, Traian Băseșcu: Integer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.2004, Nr. 292, S. 8.
37. Die Partei der Sozialen Demokratie (PDSR) hat sich inzwischen in die Sozialdemokratische Partei (PSD) umbenannt.
38. Bacalu, Mihai, Pentru a câștiga președinția Camerei, PNL și PD au refăcut Alianța [dt. Um das Präsidium in der Abgeordnetenversammlung zu übernehmen, haben PNL und PD die Allianz erneut], in: Adevărul, Nr. 4880, 16.03.2006, verzeichnet unter <http://www.adevarulonline.ro/arhiva/2006/Martie/1368/178132.html> (Zugriff am 18.03.2006).
39. Pavel, Dan, Competența democratică și calificarea la locul de muncă [dt. Demokratische Kompetenzen und berufliche Qualifikationen], in: Sfera politicii, 49/V.1997, S. 32.
40. In Rumänien sind die Vorsitzenden und die Geschäftsführer der Behörden sowie aller staatlichen Institutionen, Schulen und Krankenhäuser Parteimitglieder und bei jedem Regierungswechsel werden sie mit der Gefahr konfrontiert, ihren Posten zu verlieren, ungeachtet ihrer fachlichen Leistungen und erwiesenen Kompetenzen.

41. Crăiuțu, Aurelian, *Cultura politică și societatea postcomunistă* [dt. Politische Bildung und die kommunitische Gesellschaft], in: *Polis*, Nr. 3/1994, S. 109.
42. Liiceanu, Gabriel, Was bedeutet es, in der Nachkriegszeit im Osten Europäer zu sein? in: Gregori, Ilina; Angelika Schaser (Hrsg.), *Rumänien im Umbruch: Chancen und Probleme der europäischen Integration*, Bochum, 1993, S. 109-115.
43. Gabanyi, 2002, S. 323.
44. Ebd.
45. Ebd.
46. Gabanyi, 2002, S. 325.
47. Die funktionalistische Bestimmung des Konzepts der Zivilgesellschaft bezieht sich auf die Erfüllung der Schutzfunktion, der Sozialisierungsfunktion, der Vermittlungsfunktion, der Gemeinschaftsfunktion und der Kommunikationsfunktion der Zivilgesellschaft, die den Konsolidierungsgrad der Demokratie bestimmen. S. in dieser Richtung: Croissant, Aurel; Hans-Joachim Lauth; Wolfgang Merkel, *Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich*, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.), *Systemwechsel 5: Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen 2000, S. 9-51, hier S. 11. Die „Schutzfunktion“ bezieht sich auf den Schutz der Bürger vor Eingriffen des Staates in ihre Privatsphäre. Die „Vermittlungsfunktion“ fungiert zwischen staatlich-politischer Autorität und sozialen Netzwerken der „corps intermédiaires“ als notwendige Voraussetzung für die Sicherung der „Herrschaft des Gesetzes“. Die „Sozialisierungsfunktion“ beinhaltet im Kern den demokratisch-partizipatorischen Prozess mit der Beteiligung der Bürger an den demokratischen Verfahren. Die „Gemeinschaftsfunktion“ betrifft das aktive Einwirken der Bürger in den sozialen Organisationen. Die „Kommunikationsfunktion“ beruht auf einen Raum für freie Debatte, Beratung und Teilnahme an der Demokratie.
48. Gabanyi, 2002, S. 324.
49. Mungiu, Alina, *România după '89: Istoria unei neînțelegeri* [dt. Die Rumänen nach '89. Geschichte eines Missverständnisses], București 1995, S. 158.
50. Den Hinweis verdanke ich Herrn Andrei Mihăilescu von AREDA (Association for Research and Promotion of Participative Democracy in Eastern Europe), wo er als Gründungsmitglied und Programmverantwortlicher für Rumänien tätig ist.
51. Gabanyi, 1990, S. 7-11.
52. Vgl. der nicht ganz gut dokumentierte und Fehlbegriffe bezüglich der rumänischen Bezeichnungen beinhaltende Artikel von Schlegel, Dietrich, *Entwicklung und aktueller Stand der Medien in Bulgarien, Rumänien und Ungarn*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, Jahrgang 38/1998, Heft 1, S. 1-9, hier: S. 6. Weiterhin kann man hinzufügen, dass nicht nur der frühere Präsident Ilescu die populären TVR, Pro TV und Antena 1 für seine eigenen Zwecke nutzte; die gleiche Knechtschaft seitens der redaktionellen Mitarbeiter von diesen Fernsehsendern ist auch während der jetzigen Regierungszeit zu beobachten.
53. Vgl. die Gallup-Umfrage: *România urbană: Opinii despre politică, democrație, politicieni și partide politice* [dt. Das urbane Rumänien: Meinungen über Politik, Demokratie, Politiker und politische Parteien], veröffentlicht am 31.10.2005, verzeichnet unter: http://www.gallup.ro/romana/poll_ro/releases_ro/pr051031a_ro/pr051031a_ro.htm (Zugriff am 17.03.2006).

54. Ebd.
55. Raik, Kristi, Promoting Democracy through Civil Society: How to Step up the EU's Policy towards the Eastern Neighbourhood, in: CEPS Working Document No. 237/February 2006, verzeichnet unter [www.upi-fiia.fi/julkaisut/WD237%20e-version%20\(14\).pdf](http://www.upi-fiia.fi/julkaisut/WD237%20e-version%20(14).pdf) (Zugriff am 28.03.2006), S. 23.
56. Vgl. Ebd. Hier handelt es sich in erster Linie um die von Corneliu Vadim Tudor, dem Vorsitzenden der Großrumänienpartei gegründeten und geleiteten Zeitschrift *România Mare* [dt. Großrumänien], die einen aggressiven Nationalismus, antisemitische Hetzkampagnen und eine anti-europäische Einstellung propagiert, und sich dabei einer Skandalzeitung eigenen Sprache bedient.
57. Gabanyi, 2002, S. 324.
58. Adameşteanu, Gabriela, Deficit de cultură politică [dt. Defizite der politischen Kultur], in: 22, 14. Jhg., 712 (27. Okt – 3. Nov. 2003), S. 1.

Literaturverzeichnis

- Adameşteanu, Gabriela. Deficit de cultură politică. In: 22, 14 Jhg., 712 (27. Okt. – 3. Nov. 2003), S. 1.
- Almond, Gabriel A. Communism and Political Culture Theory. In: *Comparative Politics* 15, 2 (January 1983), S. 127-139.
- Ash, Timothy Garton. Ein Jahrhundert wird abgewählt: aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990. München 1990.
- Bacalu, Mihai. Pentru a câştiga preşedinţia Camerei, PNL şi PD au refăcut Alianţa. In: *Adevărul*, Nr. 4880, 16.03.2006, verzeichnet unter <http://www.adevarulonline.ro/arhiva/2006/Martie/1368/178132.html> (Zugriff am 18.03.2006).
- Barbieri, William A. *Civil society: who belongs?* Washington, DC 2004.
- Bendel, Petra; Sabine Kropp. Zivilgesellschaft – ein geeignetes Konzept zur Analyse von Systemwechseln? Ergebnisse eines interregionalen Vergleichs: Lateinamerika und Osteuropa. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol)*, 8. Jahrgang, Heft 1/98, S. 39-67.
- Berend, Ivan T. *Central and Eastern Europe, 1944–1993: Detour from the Periphery to the Periphery.* Cambridge 1996.
- Bischof, Henrik. *Rumänien – die „gestohlene“ Revolution.* Bonn 1992.
- Brie, Michael. Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich: Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Wiesenthal, Helmut (Hrsg.). *Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands.* Frankfurt a. M. – New York 1996, S. 39-104.
- Brinton, Crane. *The Anatomy of Revolution.* New York 1957.
- Crăiuţu, Aurelian. *Cultura politică şi societatea postcomunistă.* In: *Polis*, Nr. 3/1994.
- Croissant, Aurel; Hans-Joachim Lauth; Wolfgang Merkel. *Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich.* In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.). *Systemwechsel 5: Zivilgesellschaft und Transformation,* Opladen 2000, S. 9-51.

- Dahrendorf, Ralf. Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist. Stuttgart 1990.
- Deletant, Dennis. Romania under Communist Regime. Bucharest 1998.
- Gabanyi, Anneli, Ute. Die unvollendete Revolution: Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie. München 1990.
- . Rumänien. Die unvollendete Revolution. In: Altmann, Franz-Lothar; Edgar Hösch (Hrsg.). Reformen und Reformer in Osteuropa. Regensburg 1994, S. 154-179.
- . Politische Parteien in Rumänien nach der Wende. In: Südosteuropa, 44. Jhg., 1-2/1995, S. 1-50.
- . Rumänien: Die inszenierte Revolution. In: Zach, Christa (Hrsg.). Rumänien im Brennpunkt. München 1998, S. 391-407.
- . Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation. München 1998.
- . Rumänien. In: Dies.; Klaus Schroeder (Koordinatoren). Vom Baltikum zum Schwarzen Meer: Transformation im östlichen Europa. München 2002, S. 309-338.
- . Das politische System Rumäniens. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.). Die politischen Systeme Osteuropas. 2. Auflage. Wiesbaden 2004, S. 553-593.
- Gallagher, Tom. Romania after Ceaușescu: The Politics of Intolerance. Edinburgh 1995.
- Gallup-Umfrage: România urbană: Opinii despre politică, democrație, politicieni și partide politice. Veröffentlicht am 31.10.2005, verzeichnet unter: http://www.gallup.ro/romana/poll_ro/releases_ro/pr051031a_ro/pr051031a_ro.htm (Zugriff am 17.03.2006).
- Geremek, Bronislaw. Die Civil Society gegen den Kommunismus: Polens Botschaft. In: Michalski, Krzysztof, Vorwort. In: Ders. (Hrsg.), Europa und die Civil Society/Castelgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart 1991, S. 264-274.
- Habermas, Jürgen. Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt a. M. 1994.
- Liiceanu, Gabriel. Was bedeutet es, in der Nachkriegszeit im Osten Europäer zu sein? In: Gregori, Ilina; Angelika Schaser (Hrsg.). Rumänien im Umbruch: Chancen und Probleme der europäischen Integration. Bochum 1993, S. 109-115.
- Linz, Juan J. und Alfred Stepan. Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe. Baltimore [u.a.] 1996.
- Merkel, Wolfgang. Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften. In: Beyme, Klaus von/Claus Offe (Hrsg.). Politische Theorien in der Ära der Transformation. In: Politische Vierteljahrschrift, Sonderheft 26/1995, S. 30-58.
- . Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen 1999.
- Michalski, Krzysztof. Vorwort. In: Ders. (Hrsg.). Europa und die Civil Society/Castelgandolfo-Gespräche 1989. Stuttgart 1991, S. 7-13.
- Mungiu, Alina. România după '89. Istoria unei neînțelegeri. București 1995.

- Ogrodziński, Piotr. Four Models of Civil Society and the Transformation in East-Central Europe. In: Wnuk-Lipiński, Edmund (Hrsg.). *After Communism: A Multidisciplinary Approach to Radical Social Change*. Warsaw 1995, S. 181-191.
- Pavel, Dan. Competența democratică și calificarea la locul de muncă. In: *Sfera politicii*, 49/V.1997, S. 32.
- Pye, Lucian W. Culture as Destiny. In: Pollack, Detlef et al. (Hrsg.). *Political Culture in Post-Communist Europe: Attitudes in new democracies*. Aldershot, Burlington 1989, S. 3-15.
- Rady, Martyn. *Romania in Turmoil: A Contemporary History*. London – New York 1992.
- Raik, Kristi. Promoting Democracy through Civil Society: How to Step up the EU's Policy towards the Eastern Neighbourhood. In: CEPS Working Document No. 237/February 2006, verzeichnet unter [www.upi-fiia.fi/julkaisut/WD237%20e-version%20\(14\).pdf](http://www.upi-fiia.fi/julkaisut/WD237%20e-version%20(14).pdf) (Zugriff am 28.03.2006).
- Schlegel, Dietrich. Entwicklung und aktueller Stand der Medien in Bulgarien, Rumänien und Ungarn. In: *Südosteuropa-Mitteilungen*, Jahrgang 38/1998, Heft 1, S. 1-9.
- Schwarz, Karl-Peter. Traian Băsescu: Integer. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.12.2004, Nr. 292, S. 8.

Abstract

Corporate Citizenship and Change in Romania

Starting from the concept of civil society, the author analyzes the complex changes occurred in Romania following the events of 1989. Attention is paid to the difficult implementation of authentic democratization measures, at a time when many members of the old regime maintained leading positions in the state and when the society in general lacked a political culture of its own. The author also highlights the importance of establishing an authentic civil society, one that would keep under close scrutiny political authorities still unused to having a public debate on their initiatives. In this respect, the paper mentions the role played by the organizations of the civil society and by the mass media in the establishment of a democratic society.

Keywords

civil society, NGOs, National Salvation Front, Păltiniș School, Social Dialogue Group, public television, political parties